

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

**KM Magazin - Kultur und Management im Dialog**  
**Frau Julia Jakob**  
j.jakob@kulturmanagement.net

## DIE LINKE und die Kulturpolitik

### **Kulturpolitik im Wahlprogramm**

---

#### **1. Welchen Stellenwert, welche Verortung hat Kulturpolitik in Ihrem Wahlprogramm?**

„Für eine vielfältige, partizipative und allen zugängliche Kultur“, so heißt das eigenständige Kapitel, in dem wir unser weites Kulturverständnis und unsere Schwerpunkte für die Kulturpolitik im Wahlprogramm dargelegt haben und das direkt an den Bildungsteil anschließt. Das Wahlprogramm trägt den Titel „Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle. Die Zukunft, für die wir kämpfen“. Dabei ist die Frage ganz zentral, wie wir zukünftig gemeinsam in diesem Land, in dieser Welt leben und wie wir dieses Zusammenleben gestalten wollen – und die Antworten darauf sind ohne Kultur nicht zu geben, so dass sich kulturpolitische Forderungen auch in anderen Kapiteln finden.

### **neue Akzente**

---

#### **2. Welche inhaltlichen und administrativen Aspekte der Kulturpolitik möchten Sie künftig besonders hervorheben? Welche neuen Akzente möchten Sie setzen?**

Wir wollen, dass alle Menschen, die in Deutschland leben, ihre kulturelle Identität finden und ausdrücken können. Daher gilt es, das kulturelle Leben in allen Milieus, in urbanen und ländlichen Räumen, in Institutionen und freier Szene zu fördern und Zugang, Teilhabe und Partizipation zu ermöglichen – barrierefrei und möglichst kostenlos. Die Stärkung der Kulturelle Bildung ist dabei ein Ansatz, die Erarbeitung einer Kulturentwicklungskonzeption ein zweiter.

Damit die Potentiale der Künste und der Kultur für die Selbstvergewisserung und den Perspektivwechsel, für Verständigung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch wirklich produktiv gemacht werden können, brauchen wir gute Rahmenbedingungen, langfristige finanzielle und personelle Planungsmöglichkeiten, ein Ende des neoliberalen Ökonomisierungsdrucks und eine Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation derjenigen, die Kunst und Kultur schaffen.

Wir wollen die Kulturförderung des Bundes neu systematisieren (vgl. Antwort auf Frage 4), sie transparenter gestalten und an die Einhaltung sozialer Mindeststandards wie eine existenzsichernde Vergütung, faire Arbeitsbedingungen und die Beachtung von Geschlechtergerechtigkeit und Diversität koppeln.

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage von Künstlerinnen und Künstlern und von Kreativen wollen wir die Künstlersozialkasse ausbauen, für neue künstlerische Berufe öffnen und den zunehmend hybriden Erwerbsformen anpassen; die sozialen Sicherungssysteme für (Solo-)Selbstständige öffnen und branchenspezifische Mindesthonorare und Ausstellungshonorare für bildende Künstlerinnen und Künstler einführen.

Wir engagieren uns gegen Altersarmut, für eine Anhebung des Rentenniveaus, eine stärkere Anrechnung von Zeiten mit niedrigem Verdienst und für eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro. Gerade für kurzzeitig Beschäftigte wollen wir den Zugang zum Arbeitslosengeld I durch eine Verkürzung der Anwartschaftszeiten auf 4 Monate und eine Verlängerung der Rahmenfrist auf 3 Jahre erleichtern.

### **gesellschaftliche Themen und Kultur**

---

#### **3. Sehen Sie Schwerpunkte im Verhältnis von Kulturpolitik und gesellschaftlichen Themen?**

Angesichts zunehmender Re-Nationalisierungstendenzen kommt der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Rolle der Kultur dabei eine wichtige Bedeutung zu.

Uns ist wichtig, den interkulturellen Dialog zu fördern, der Unterschiede nicht leugnet oder einebnen, sondern sie produktiv macht und gegenseitiges Verständnis ermöglicht. Migration prägt die Geschichte Deutschlands nicht erst seit dem Sommer 2015, sondern von Beginn an. Die Gesellschaft ist seit langem viel vielfältiger, als es das Programm und auch das Personal der Kulturinstitutionen widerspiegeln. Öffentlich geförderten Einrichtungen und Projekten kommt bei einer stärkeren Öffnung und bei der inklusiven Arbeit eine Vorbildfunktion zu, der wir durch die Kopplung öffentlicher Gelder an die Beachtung von Diversität gerecht werden wollen. Dabei kann auch auf die Erfahrungen in der Programmgestaltung und der transkulturellen Vermittlungsarbeit der Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zurückgegriffen werden.

Um wirkliche Teilhabe für alle zu gewährleisten, müssen die soziale und strukturelle Ausgrenzung so gering wie möglich gehalten und das Bewusstsein für Exklusionsmechanismen sensibilisiert werden – auch innerhalb von Kulturinstitutionen.

Der Kulturellen Bildung kommt in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zu, da sie die Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Einzelnen, seinen Zugang zur Welt und deren Aneignung fördert, Erfolgserlebnisse auch und gerade in Gemeinschaft schafft, die Erfahrung des Mitgestaltens vermittelt und die Auseinandersetzung mit kultureller Vielfalt und dem eigenen

kulturellen Hintergrund belebt. Kulturelle Bildung befähigt, das eigene Leben und die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse kritisch zu reflektieren und selbstbestimmt mitzugestalten. Damit ist sie ein zentrales Moment der demokratischen Entwicklung und sollte vor allem dort gestärkt werden, wo sich Kinder und Jugendliche ohnehin aufhalten – in Kindergärten und Schulen. Und ohne dass unterschiedliche Länder- und Bundeszuständigkeit die Fortführung erfolgreicher Projekte verhindern, statt fördern.

## **Kulturförderung**

---

### **4. Wie soll das Verhältnis der Kulturpolitik bzw. -förderung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zukünftig gestaltet werden?**

Wir streiten seit langem für eine grundlegend andere Kulturförderung, die auf den Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ aufbaut. Zu einer Neustrukturierung der Bundeskulturförderung gehört für uns, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufzuheben, Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen und eine Gemeinschaftsaufgabe Kultur im Grundgesetz zu definieren. Wir fordern ein Bundeskulturministerium, um den wachsenden Aufgaben auf nationaler wie internationaler Ebene gerecht zu werden, und wollen damit keineswegs die Kulturhoheit der Länder beschneiden, sondern die Kompetenzen auf Bundesebene bündeln, die gegenwärtig ohnehin schon dort liegen, jedoch verstreut sind über diverse Ressorts. Wir erhoffen uns davon auch die Erarbeitung einer Kulturentwicklungsplanung und eine bessere Verzahnung von Bundes- und Landesförderprogrammen im Bereich der Kultur.

Wir verstehen Kultur als zentralen Teil der Daseinsvorsorge. Daher müssen einerseits Länder und Kommunen so ausgestattet werden, dass sie die Sicherung der kulturellen Infrastruktur in ihrer Vielfalt nicht als freiwillig zu finanzierende Angelegenheit ansehen, sondern als zu gewährleistende Aufgabe in jeder Kommune. Andererseits müssen langfristige Aufgaben von gesamtstaatlicher Bedeutung wie die Digitalisierung oder die Sicherung des kulturellen Erbes (z.B. beim schriftlichen Kulturgut oder beim filmischen Erbe) mit Hilfe gesamtstaatlicher Strategien und Förderprogramme angegangen werden.

## **wachsender Stellenwert der Kultur**

---

### **5. Wie wollen Sie dem wachsenden Stellenwert der Kultur- und Kreativwirtschaft im Wirtschaftsspektrum Deutschlands künftig gerecht werden?**

Digitalisierung und die wachsende Kreativwirtschaft haben den Charakter der Arbeit verändert:

Mehr zeit- und ortsungebundenes Arbeiten ermöglicht mehr Selbstbestimmung und Zeitsouveränität. Gleichzeitig wächst aber auch die Gefahr der (Selbst-)Ausbeutung. Befristete und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und Soloselbstständigkeit lösen gerade im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft das alte Normalarbeitsverhältnis zunehmend ab.

DIE LINKE setzt sich gerade im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft für gute Arbeitsbedingungen ein. Wir fordern eine gute, existenzsichernde Vergütung, eine bezahlbare soziale Absicherung auch für Selbstständige, gute Arbeitsbedingungen und Gendergerechtigkeit. Wir streiten für branchenspezifische Mindesthonorare, eine klare Definition von Selbstständigkeit und die Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an hybride Erwerbsformen.

DIE LINKE fordert, dass ein EU-Rahmen zum Thema Crowdfunding geschaffen wird, damit Mindestlöhne und -Honorare, Arbeitszeitregulierung, Sozialversicherung, Rentenversicherung, Besteuerung etc. weder ausgehöhlt noch umgangen werden können. Bei Crowwork-Plattformen müssen sowohl die Betreiber als auch die Auftraggeber an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme paritätisch beteiligt werden.

DIE LINKE will die Interessenvertretungen der in der Kultur- und Kreativbranche Tätigen stärken und Beratungsangebote ausbauen.

## **neue Aufgabenbereiche und prekäre Arbeitssituationen**

---

### **6. Wie steht Ihre Partei zu langfristigen Strukturveränderungen im Kulturbereich, gerade hinsichtlich neuer Aufgabenbereiche und prekärer Arbeitssituationen?**

DIE LINKE will die Vergabe öffentlicher Fördermittel an eine gute, existenzsichernde Vergütung, gute Arbeitsbedingungen und Gendergerechtigkeit koppeln. Wir fordern branchenspezifische Mindesthonorarregelungen, die bundesweit gelten. Damit wollen wir einem ruinösen Preiswettbewerb entgegen wirken. Die öffentliche Hand muss eine Vorreiterrolle einnehmen mit einer Mindesthonorarordnung bei öffentlich finanzierten Aufträgen.

Dazu gehört auch, die Verhandlungsmacht der Kreativen im Urhebervertragsrecht weiter zu stärken.

Gemeinsame Vergütungsregeln, die von Verbänden der Urheberinnen und Urheber mit Vertretern der Verwerter ausgehandelt werden, müssen von der Ausnahme zur Regel werden. Das Ergebnis solcher Verhandlungen muss für beide Seiten bindend sein. Die Berufsverbände der Kreativen müssen das Recht ihrer Mitglieder notfalls stellvertretend einklagen können.

Die Künstlersozialkasse muss erhalten und ausgeweitet werden. Wir wollen neu entstandene Tätigkeitsfelder einbeziehen und den Bundeszuschuss erhöhen.

Solo-Selbstständige müssen in die Erwerbslosen-, Gesundheits-, Renten- und Pflegeversicherung einbezogen werden. Dies darf nicht dazu führen, dass sie Solo-Selbstständige ergänzend Mindestsicherung in Anspruch nehmen müssen.

Das gesetzliche Rentensystem wollen wir zu einer Erwerbstätigenversicherung ausbauen, in dem auch Selbstständigen pflichtversichert sind.

## **Digitalisierung im Kulturbereich**

---

### **7. In welche Richtung sollte die Digitalisierung im Kulturbereich Ihrer Meinung nach entwickelt werden, in Bezug auf digitale Vermittlung, aber auch neue Arbeitsmodelle?**

DIE LINKE will Kulturgüter digital sichern und für alle zugänglich machen. Um hier voranzukommen, brauchen wir eine gesamtstaatliche Digitalisierungsstrategie.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine Open Access-Strategie auch im Kulturbereich ein. Wir wollen Möglichkeiten und Anreize für Kultureinrichtungen schaffen, ihre digitalen Veröffentlichungen unter freie Lizenzen zu stellen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Kooperation mit der Deutschen Digitalen Bibliothek ausbauen.

Das Filmerbe wollen wir durch den Erhalt der analogen Filme wie auch durch die Digitalisierung des Filmerbes auf Dauer bewahren und zugänglich machen.

Für öffentliche Bibliotheken wollen wir den Verleih digitaler Medien vereinfachen.

In Bezug auf unsere Forderung zu neuen Arbeitsmodellen, siehe Antwort auf Frage 5 und 6.

## **europäische Kulturpolitik und -förderung**

---

### **8. Wie sehen die Vorstellungen Ihrer Partei der europäischen Kulturpolitik und -förderung aus, ausgehend von der nationalen Kulturpolitik?**

Für DIE LINKE ist Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in all ihren Facetten Bedingung für eine langfristig angelegte Konfliktprävention, also Friedenspolitik. Im Mittelpunkt Auswärtiger Kulturpolitik muss dementsprechend das gemeinsame Interesse an Frieden, Entwicklung und menschlicher Sicherheit für jeden stehen und nicht das Interesse eines einzelnen Staates, in unserem Falle Deutschlands.

DIE LINKE setzt sich für die Förderung der Vielfalt von Kulturen im Einwanderungsland Deutschland, für interkulturelle Öffnung und interkulturellen Dialog in der Innen- und Außenpolitik ein. Wir wollen die Partizipationsrechte der Minderheiten auf Bundesebene stärken und eine angemessene Ausstattung der Institutionen und Projekte zur Pflege und Entwicklung der anerkannten Minderheitensprachen- und Kulturen erreichen.

Kulturelle Vielfalt zu schützen und zu fördern, erfordert das kulturelle Erbe in seiner ganzen Breite zu pflegen. Neben dem gegenständlichen, materiellen Erbe gehört dazu zweifelsfrei auch das immaterielle.

Aufgabe der Europäischen Union (EU), festgeschrieben im Vertrag über Arbeitsweise der EU, ist es, einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes zu leisten. Sie soll in diesem Sinne die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten unterstützen und ergänzen. Konkret geht es um

- die Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker
- die Erhaltung und Schutz des kulturellen Erbes von europäischer Bedeutung,
- nichtkommerziellen Kulturaustausch,
- die Förderung künstlerischen und literarischen Schaffens, einschließlich im audiovisuellen Bereich.

Kultur ist für DIE LINKE Teil öffentlicher Daseinsvorsorge und darf nicht ausschließlich nach Binnenmarkt-logischen Regeln behandelt und schon gar nicht kommerziellen Exportinteressen untergeordnet werden.

DIE LINKE steht für die Einhaltung der UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt bei internationalen Handelsabkommen.